

## [Heidenheimer Stadtbusverkehr: Weshalb die Entscheidung über das künftige Angebot vertagt wurde - Heidenheimer Zeitung](#)

Gemeinderat berät am 19. Mai erneut

### **Heidenheimer Stadtbusverkehr: Weshalb die Entscheidung über das künftige Angebot vertagt wurde**

Am 30. April sollte der Heidenheimer Gemeinderat beschließen, wie der Stadtbusverkehr in Zukunft aussieht. Die Entscheidung wurde vertagt. Das ist der Grund:

04. Mai 2026, 15:44 Uhr, Heidenheim von Michael Brendel



Noch ist offen, welche Verbindungsdaten des Heidenheimer Stadtbusverkehrs sich ab August 2027 von den Aushängen an der Zentralen Omnibushaltestelle ablesen lassen. Foto:Rudi Penk

Der erste Versuch blieb im Leerlauf stecken: Die Entscheidung über das künftige Angebot des Heidenheimer Stadtbusverkehrs wurde vertagt. Der Gemeinderat beabsichtigt, sich in seiner nächsten Sitzung, die am Dienstag, 19. Mai, um 16 Uhr im Konzerthaus beginnt, erneut damit zu beschäftigen.

Im Kern geht es um die Frage, welchen Betrag die Stadt ab August 2027 in das Stadtbussystem stecken soll. Hintergrund: Die Heidenheimer Verkehrsgesellschaft (HVG) kann die Fahrleistungen aufgrund hoher Defizite nicht mehr ohne Zuschüsse der Stadt und des Landkreises erbringen.

#### **417.000 Euro pro Jahr**

Die drei dem Gemeinderat vorgelegten Varianten bewegen sich im Bereich zwischen zwei Positionen: 417.000 Euro pro Jahr fielen an, sollte der Status quo beibehalten werden. Keine Mehrkosten wären hingegen zu tragen, würde das Angebot auf den Stand vor der Einführung des Stadtbussystems 2003 zurückgeschraubt.

Gegen jegliche Abstriche wandte sich wie Reinhard Püschel (DKP) auch Tanja Weiße, Sprecherin der SPD/Linke-Fraktion. Sie bezeichnete es als kontraproduktiv und undenkbar, dass die Stadtbusse nur noch im Stundentakt, zudem ab 19 Uhr gar nicht mehr verkehren. Anamari Filipovic, Fraktionschefin Grüne/ÖDP, warnte gar vor einem „Dolchstoß für das kleine Pflänzchen Verkehrswende in Heidenheim“. Nicht alle könnten oder wollten sich ein Auto leisten, außerdem gelte es, die Innenstadt zu stärken.

Norbert Fandrich (Linke) erinnerte daran, dass fast alle Mitglieder des Gemeinderats vor nicht allzu langer Zeit für die Machbarkeitsstudie einer Seilbahn gestimmt hätten: „Allein das hat uns 80.000 Euro gekostet, und im Falle einer Umsetzung wäre es ein Vielfaches davon geworden.“

Einen Wirtschaftlichkeit und Sozialverträglichkeit berücksichtigenden Blick mahnte unterdessen Dr. Waltraud Bretzger seitens der CDU/FDP-Fraktion an, „denn es darf niemand überfordert werden“. Sie warf die Frage auf, weshalb eine Direktvergabe an die HVG vorgesehen sei und gleichzeitig auf eine mit Konkurrenzdruck einhergehende Ausschreibung verzichtet werde, die möglicherweise zu geringeren Preisen führe.

## **Gezielte Veränderung der Taktzeiten**

Ralf Willuth, Fraktionsvorsitzender der Freien Wähler, hielt keinen der diskutierten Vorschläge für akzeptabel, da die finanziellen Auswirkungen der Entscheidung für einige Jahre Gültigkeit hätten. Er plädierte daher für einen Kompromiss, der sich an der Bewertung orientiere, „wo es uns nicht wehtut, wenn wir die Taktzeiten verändern“.

Angesprochen waren damit als Entscheidungsgrundlage die Fahrgastzahlen auf einzelnen Linien. Dass sie dem Beschlusspapier der Stadtverwaltung nicht zu entnehmen waren, brachte Fabian Rieck (Freie Wähler) auf die Palme: „Es ist erschreckend, dass es sie nicht gibt.“ Ohne diese Datenbasis eine Entscheidung zu treffen, wollte ihm nicht einleuchten: „Ich weiß nicht, wo SPD und Grüne ihren Goldesel haben.“

## **Fahrgastzählung kommt 2027**

Licht ins Dunkel brachte Michael Felgenhauer. Dem Leiter des Dezernats Umwelt und Mobilität bei der Verwaltung des Landkreises zufolge, ist ab kommendem Jahr eine automatische Fahrgastzählung vorgesehen. Vor dem Kauf der dafür erforderlichen Geräte läuft derzeit eine europaweite Ausschreibung. Eine exakte Übersicht werde auch dadurch erschwert, dass das an unzähligen Verkaufsstellen bundesweit zu erwerbende Deutschlandticket den klassischen Fahrschein längst abgelöst habe.

Michael Rieck (CDU) befand daraufhin, solange nicht alle Fahrausweise mit der erforderlichen Sorgfalt überprüft würden, „sehe ich nicht ein, angesichts dieser Faktenlage Millionen auszugeben“.

## **Ziel: günstige Preise**

Felgenhauer verwies darauf, dass der Landkreis Mehrheitsgesellschafter der HVG ist. Schon deshalb liege es in seinem eigenen Interesse, möglichst günstige Preise zu erzielen. Auf dem Weg dorthin sei die Direktvergabe ein bewährtes Mittel, dessen man sich auch in Stuttgart und Karlsruhe bediene.

Da sich keine Einigung abzeichnete, zog Oberbürgermeister Michael Salomo, der zuvor einen attraktiven ÖPNV als Teil der städtischen Grundversorgung bezeichnet hatte, eine weitere Variante aus dem Hut: montags bis freitags Stadtbusverkehr nur noch bis 21 Uhr, samstags und sonntags Fortbestand des aktuellen Angebots. Dadurch sollten die Kosten für die Stadt auf etwa 220.000 Euro verringert werden.

Nach einer kurzen Beratungspause der Stadträte wurde dann allerdings eine veränderte Version an die Wand projiziert: montags bis donnerstags Busverkehr bis 21 Uhr, freitags bis sonntags Beibehaltung des Status quo.

Michael Rieck beantragte angesichts dieser Diskrepanz, den Tagesordnungspunkt zu vertagen. 19 Ratsmitglieder stimmten dafür, 16 dagegen.

---

## **Direktvergabe auch in Stuttgart**

Der Kreistag hat sich Dezernent Michael Felgenhauer zufolge bereits für eine Direktvergabe der Heidenheimer Stadtbuslinien ausgesprochen. Eine wesentliche Rolle beim Umfang des Angebots spielt die Entscheidung des Gemeinderats, welche Summe die Stadt in die Hand nimmt. Die Landkreisverwaltung wird Felgenhauer zufolge eine zehnjährige Laufzeit des neuen Vertrages empfehlen. Begründung: Würde ein kürzerer Zeitraum gewählt, wäre infolge der eingeschränkten Planungssicherheit mit einem höheren Angebot zu rechnen.

## [Zukunft des Heidenheimer Stadtbusverkehrs: unnötig lange Diskussion im Gemeinderat - Heidenheimer Zeitung](#)

Kommentar von Michael Brendel

### **Zukunft des Heidenheimer Stadtbusverkehrs: unnötig lange Diskussion im Gemeinderat**

Der Heidenheimer Gemeinderat muss entscheiden, wie das Angebot im Stadtbusverkehr in Zukunft aussieht. Die Diskussion darüber zieht sich unnötigerweise in die Länge. Ein Kommentar von Michael Brendel.

04. Mai 2026, 15:23 Uhr, Heidenheim von Michael Brendel



Mit seinem Stadtbusverkehr muss Heidenheim keinen Vergleich scheuen. Die Linien decken weite Bereiche des Stadtgebiets in einem engen Takt verlässlich ab. Und wenn man vergeblich auf seinen Bus wartet, dann meist nur, weil er mal zwei Minuten zu früh dran war. Auch deshalb scheint im Rathaus wie im Gemeinderat grundsätzliche Einigkeit zu bestehen, an dem Erfolgsmodell festzuhalten. Berücksichtigt man zudem die Herausforderungen des Klimawandels und die Zwänge der Verkehrswende, verbieten sich Abstriche am derzeitigen Angebot fast von selbst. Jedenfalls, sofern die Finanzierung Schritt halten kann.

Deshalb ist es bei aller inhaltlichen Überzeugung unverzichtbar, dass die Ratsmitglieder einen strengen Blick auf die Kosten werfen. Darauf haben wir Bürger einen Anspruch, geht es doch um unsere Steuergelder. Umso bedauerlicher nimmt es sich aus, dass das von der Verwaltung in der jüngsten Sitzung vorgelegte Beschlusspapier wichtige Punkte unberücksichtigt ließ. Die durchaus nachvollziehbare Begründung etwa, weshalb keine exakten Fahrgastzahlen vorgelegt werden können.

Kein gutes Handwerk war das, stattdessen schlichtweg ärgerlich, den drei auf dem Tisch liegenden Varianten erst im Laufe der Diskussion eine weitere hinzuzufügen. Sie schien zwar zunächst kompromissfähig, führte am Ende jedoch zur Vertagung der Angelegenheit, weil zur Überraschung aller seitens der Verwaltung der Wortlaut vor der Abstimmung inhaltlich verändert wurde.

Die besonders Zögerlichen müssen sich ihrerseits vorhalten lassen, einen Aspekt – bewusst oder unbedacht – weitgehend ausgespart zu haben: Manche Busse sind aufgrund der Steilvorlage durch die im Zuge des Iran-Kriegs erheblich gestiegenen Treibstoffpreise derzeit voller als noch vor einigen Wochen. Bleibt das so, weil viele am Umstieg vom Pkw auf den Bus festhalten, wachsen die Einnahmen aus dem Fahrkartenverkauf, während der Zuschussbedarf sinkt. Den gleichen Effekt könnten neue Wohngebiete wie Reutenen-Süd, der Schloss-Park beim Klinikum und das Kleehof-Areal haben.

In der Gemeinderatssitzung wurde viel darüber gesprochen, wie man Geld sparen kann. Hinsichtlich der Zeit wäre das problemlos möglich gewesen, wenn alle von vornherein gewusst hätten, worüber sie anschließend fast zwei Stunden lang diskutieren würden.